

BGE 42 III 451

Bundesgericht (BGE), 1916-01-01, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bge_42_III_451

FR: ATF 42 III 451

IT: DTF 42 III 451

Volltext

46Q Bntsdleidg. der Schuldbetreibung.- u. Konkurskammer. N. 79 Considerando in diritto: Il criterio che diversifica la categoria delle persone cui e da accordarsi la sospensione dell'esecuzione in virtù dell'art. 57 al. 10 da quelle che, pur prestando servizio all'armata od all'amministrazione, questo privilegio non godono (art. 57 al. 2), non e da ricercarsi nella durata del servizio e neppure nel luogo dove esso vien prestato, poiche, a questo doppio riguardo, il disposto dell'art. 57 non fa distinzioni. A decidere questo ricorso e dunque affatto irrilevante, dove il debitore presti il suo servizio e quale ne sia la durata, come sarebbe indifferente se il servizio prestato da Mertillo fosse volontario, poiche anche in questo caso, a mente della giurisprudenza di questa Corte, l'art. 57 al. 10 spiegherebbe i suoi effetti e l'esenzione dovrebbe venir sospesa (RU 41 III p. 364 e 36,»). Criterio determinante invece e la natura delle sue prestazioni: se trattasi di vero e proprio servizio militare, l'art. 57 al. 1° gli tornera applicabile e sara invece sottoposto al diritto comune se i rapporti che intervengono fra esso e l'amministrazione militare sono essenzialmente quelli di un contratto di servizio e lavoro, eioe del contratto che regge i rapporti dei funzionari verso lo Stato. Ora, dalle spiegazioni date dall'autorita competente risulta che il debitore non si trova in tale rapporto colla Stato e coll'amministrazione militare: egli fu designato al posto che occupa ed e tenuto ad adempiere i servizi inerenti, non in forza di contratto di impiego, ma per la sua qualita di milite: esso non esercita nell'armata e nell'amministrazione militare federale una professione, quale fosse quella di funzionario o di istruttore, ma presta servizio e, pertanto, non rientra nella categoria delle persone contemplate dall'art. 57 LEF; pronuncia: il ricorso e respinto.

Entscheidungen der Zivilkammern. N° 80, Entscheidungen der Zivilkammern. - Arrêts des sections civiles. . 451 80. Orten der II. Zivilabteilung vom 7. September 1916 i. S.

Xonlursmasa& der Spar- und Leihkassa Bremgarten gegen Brunner. Berechnung eigener Obligationen. Verrechnung an Stelle der Pfandverwertung, insbesondere im Konkurs; des Pfandbesizers und Titelschuldners. ,4. - Der Kläger war Inhaber zweier Obligationen der Spar- und Leihkasse Bremgarten im Nominalwert von 3000 und 6000 Fr, und verpfändete sie der schuldenrischen Kasse selbst für ein Darlehen von 7000 Fr. Nachdem über die Kasse der Konkurs ausgebrochen war. erklärte er, die erwähnte Schuld von 7000 Fr., sowie weitere Schulden im Betrage von 3800 Fr" mit jenen Obligationen von 3000 und 6000 Fr., sowie weiteren Forderungen im Betrage von 3775 Fr. 35 Cts. zu verrechnen. und verlangte, für die Differenz von 1975 Fr. 35 Cts. nebst Zinsen in V. Klasse kollektiert zu werden. Die Konkursverwaltung anerkannte das Verrechnungsrecht des Klägers in Bezug auf seine übrigen Forderungen, bestritt es aber in Bezug auf die beiden ihm verpfändeten Obligationen. B. - Durch Urteil vom 16. Juni 1916 hat das Obergericht des Kantons Aargau erkannt: « Es wird festgestellt, dass der Kläger nach Kompensation seiner Schuld durch seine Forderungen von 1; Fr. 173355 und Zins laut Gutschein N° 6028, » 2000 -)) I) I) Obligation N° 839, 452 Entscheidungelt » Fr. 41 80 und Zins laut

Konto-Korrent XIII/248.- »} 3000 -»)})} Obligation N0 645, »» 6000 -»)})} Obligation N0 881)} Fr. 12775 35 und Zinsen » mit einem restanzlichen Guthaben von 1975 Fr. 35 Cts. » plus Summe der Zinsen laut Eingabe u. Büchern, im » Konkurse über die Spar- und Leihkasse Bremgarten als J) Gläubiger zuzulassen und in V. Klasse zu koUozieren » ist; und die Beklagte wird angewiesen, ihre Kollokn- » tionsverfügung in diesem Sinne zu ändern. » . C. - Gegen dieses Urteil richtet sich die vorliegende Berufung mit dem Antrag auf Abweisung der Klage. Das Bundesgericht zieht in Erwägung: 1. - Der für die Zulässigkeit der Berufung und für das einzuschlagende Verfahren in Betracht kommende S t r e i t w e r t ist gleich der Differenz zwischen dem Nominalwert der beiden, dem Kläger gegen die Kridarin zustehenden Forderungen von 3000 und 6000 Fr. einer- seits und der auf diese Forderungen entfallenden Kon- kursdividende von 60 bis 70 % andererseits. Er beträgt daher mehr als 2000 und weniger als 4000 Franken, -: weshalb auf die Berufung einzutreten und das schrift- liche Verfahren einzuschlagen war. . 2. - Die Parteien sind davon ausgegangen, da&'i wesentlich sei, ob die beiden erwähnten Forderungen des Klägers schon vor Ausbruch des Konkurses fällig ge- worden waren, und ob die Beklagte dies in ihrer Be- schwerde an die obere kantonale Instanz zugegeben habe. In dieser Beziehung wäre zu bemerken, dass nach Aus- weis der Akten die Beklagte in jener Beschwerde nur erklärt hatte, Art. 213 SchKG komme im vorliegenden Falle deshalb nicht -in Betracht, weil «sowohl die For- derungen der Spar- und Leihkasse gegen Brunner als auch dessen Ansprüche gegen die Spar- und Leihkasse schon vor der Konkurseröffnung fällig waren OdeH doch der Zivilkammern. Ne 80. . -153 dur c h die seI b e f ä I l i g w u r den. » Aus dieser . Erklärung der Beklagten, deren letzten Teil der Kläger, wie übrigens auch die Vorinstanz, übersehen hat, konnte und kann also in Bezug auf die Frage, ob die Forderungen des Klägers schon vor Konkursausbruch fällig waren, überhaupt kein Schluss gezogen werden. Im Uebrigen aber geben die Akten über diesen Punkt keinen Aufschluss: Indessen hängt die Entscheidung des Prozesses hievon nicht ab. Wesentlich ist, dass die Forderungen des Klä- gers nach Art. 208 SchKG jedenfalls mit dem Ausbruch des Konkurse~ über die Spar- und Leihkasse fällig ge- worden sind, und dass andererseits die Forderungen der Kridarin unbestrittenermassen schon vorher fällig waren, die beidseitigen Forderungen sich also spätestens im Mo- mente der Konkurseröffnung als kompensierbar gegen- überstanden. In Art. 123 Abs. 1 OR ist denn auch aus Art. 208 SchKG der selbstverständliche Schluss gezQgen worden, dass «(im Konkurse des Schuldners die Gläubiger ihre Forderungen, auch wenn sie nicht fällig sind, mit Forderungen, die dem Gemeinschuldner ihnen gegenüber zustehen, verrechnen können~, soweit nicht besondere Bestimmungen des Konkursrechts der Verrechnung ellt- I gegenstehen. Nun enthält aber das SchKG keine Bestim- ! mung, wonach eine dem Gemeinschuldner verpfändete Forderung auf ihn selbst nicht zur Verrechnung mit der pfandversicherten Forderung des Gemeinschuldners an den Pfandschuldner und Inhaber der verpfändeten For- derung verwendet werden könnte. Insbesondere Art. 214, der übrigens in dem von ihm behandelten Falle die Ver- rechnung nicht als schlechthin unzulässig, sondern nur als u. U. anfechtbar erklärt, bezieht sich nicht auf einen Gläubiger, der in Kenntnis der Zahlungsunfähigkeit seines Schuldners dessen Schuldner geworden ist, sondern ausdrücklich nur auf den umgekehrten Fall, dass ein S c h u I d n e r des Gemeinschuldners in Kenntnis der Zahlungsunfähigkeit des Letztem defisen G I ä u b i g e r geworden ist. Die Beklagte hatsichdennauchselber~ um 451 Entscheidungen der Zivilkammern. Nt> 80. die Unzulässigkeit der Verrechnung darzutun, nicht auf dne Bestimmung des Konkursrechts, sondern auf eine solche des Zivilrechts bernfen, nämlich auf Art. 891 ZGB, wonach der

Pfandgläubiger « im Falle der Nichtbefriedigung ein Recht darauf » hat, « sich aus dem Erlös des Pfandes bezahlt zu machen ». Diese letztere Bestimmung ist indessen hier schon deshalb nicht anwendbar, weil infolge der vom Kläger erklärten Verrechnung, die als solche einer Zahlung gleichzustellen ist, überhaupt kein Fall der « Nichtbefriedigung » vorliegt. Wie nach Art. 95 VVG in der Lebensversicherung der Versicherer, der eine von ihm selber ausgestellte Police belehnt hat, berechtigt ist, seine fällige pfandversicherte Forderung nach Ansetzung einer Nachfrist ohne weiteres mit dem Rückkaufswerte der Versicherung zu verrechnen und also von einer Pfandverwertung Umgang zu nehmen, so ist beim Vorliegen bei der fälligen Forderungen, deren eine zur Sicherheit für die andere verpfändet ist, jeder Teil berechtigt, zu verlangen, dass die Pfandverwertung durch Verrechnung ersetzt werde. In diesem Sinne hat denn auch das deutsche Reichsgericht die Verrechnung als zulässig erklärt (Reichsger. in Zivilsachen 57 S. 364). Auch Art. 906 ZGB steht dieser Lösung nicht entgegen. Allerdings darf danach der Schuldner, sobald er von der Verpfändung benachrichtigt ist, an den Verpfänder nur noch mit Einwilligung des Pfandgläubigers zahlen. Allein diese Vinkulierung der Forderung bezweckt nur, dem Pfandgläubiger die Befriedigung aus dem Pfande zu sichern; die vorliegende Verrechnung gewährt aber gerade dem Pfandgläubiger seine Befriedigung aus dem Pfande, indem seine Forderung aus Darlehen durch Verrechnung mit seiner Schuld aus der Obligation getilgt wird. Demnach hat das Bundesgericht erkannt: Die Berufung wird abgewiesen und das Urteil des Obergerichts des Kantons Aargau vom 16. Juni 1916 bestätigt. Entscheidungen der Schuldbetreibungs- und Konkurskammer. Arrêts de la Chambre des poursuites et des faillites. 81. Arrêt du 21 décembre 1916 dans la cause Banque populaire suisse. Concordat par abandon d'actif: le liquidateur de la masse des créanciers, désigné dans le concordat homologué par l'autorité, n'est pas un mandataire privé; il exerce des fonctions officielles et est de ce chef soumis au contrôle des autorités de surveillance. Par analogie avec ce qui est prescrit en matière de faillite il est tenu, tout au moins lorsque l'actif comprend des immeubles hypothéqués, de dresser un état de collocation que les intérêts peuvent attaquer par la voie et dans les délais prévus par l'art. 250 LP. A. - James Calame, hôtelier, était propriétaire d'immeubles (N°s 540, 541, 571, 574), situés aux Brenets. Le mobilier existant dans les bâtiments construits sur les art. 540 et 541 (hôtel) a été inscrit comme accessoire immobilier après l'entrée en vigueur du Code civil suisse. Les immeubles Calame étaient grevés de quatre hypothèques, constituées: la première le 1^{er} septembre 1908 en faveur du Crédit foncier neuchâtelais, la seconde le 24 novembre 1908 en faveur de la Banque fédérale, la troisième le 8 avril 1913 en faveur de la Banque populaire suisse, la quatrième le 11 septembre 1914 en faveur de dame Kümmerlin. Dans les actes de constitution des hypothèques 3 et 4, il est stipulé que le gage comprend les accessoires immobiliers; il n'est rien mentionné de semblable à propos des hypothèques 1 et 2. Le 25 mai 1915 Calame a obtenu un sursis général aux AS 42 111 - 1916

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.